
Oben rechts

Rechtspopulismus

als Klassenprojekt

edition suhrkamp

SV

edition suhrkamp 2813

Als Donald Trump zum ersten Mal Präsident wurde, ging ein Richard Rorty zugeschriebenes Zitat viral: Wenn die »kulturelle Linke«, so Rorty 1998, materielle Fragen weiterhin ignoriere, werde es einen Bruch geben – »something will crack«. »Ärmere Wähler« würden einen starken Mann an die Macht bringen, es drohe eine Rückkehr des Sadismus. So hellsichtig diese Prognose war, hat der Fokus auf die »woken« Linken und die »Verlierer« in Debatten über Trump & Co. doch einen blinden Fleck erzeugt. Geht man davon aus, dass Politiker wie Trump, Tino Chrupalla oder der tschechische Ministerpräsident Andrej Babiš sich auch selbst wählen, kommt schließlich eine andere »Klassenfraktion« in den Blick: konservative Männer, die ihr eigenes Unternehmen leiten. Aus diesem Milieu stammen nicht nur Vorläufer wie Silvio Berlusconi und Christoph Blocher, sondern auch Unterstützer wie etwa Elon Musk oder Peter Thiel.

Genau diese Gruppe der kleinen und großen politischen Unternehmer nehmen die Beiträge in diesem Band unter die Lupe. Verfolgt wird dabei testweise die These, dass der Rechtspopulismus nicht in erster Linie eine spontane Revolte »ärmerer Wähler« darstellt, sondern ein gezielt vorangetriebenes Projekt.

Oben rechts

Rechtspopulismus als Klassenprojekt

Herausgegeben von Heinrich Geiselberger

Suhrkamp

Erste Auflage 2026
edition suhrkamp 2813
Originalausgabe

© Suhrkamp Verlag GmbH, Berlin, 2026
Alle Rechte vorbehalten.

Wir behalten uns auch eine Nutzung des Werks
für Text und Data Mining im Sinne von § 44b UrhG vor.

Umschlaggestaltung nach einem Konzept
von Willy Fleckhaus: Rolf Staudt

Satz: Satz-Offizin Hümmer GmbH, Waldbüttelbrunn
Druck: C. H. Beck, Nördlingen

Printed in Germany
ISBN 978-3-518-12813-8

Suhrkamp Verlag GmbH
Torstraße 44, 10119 Berlin
www.info@suhrkamp.de
www.suhrkamp.de

Inhalt

Einleitung: Der vergessene Quadrant	7
Tobias Moorstedt	
<i>Heimat der Weltkleinbürger</i>	26
Moira Weigel	
<i>Elitärer Anti-Elitismus. Die lange Geschichte einer immer wieder bestechend neuen Idee</i> . .	57
Thomas Biebricher	
<i>Von Poujade über Berlusconi zu Trump. Eine Genealogie des libertären Patrimonialismus</i> .	103
Melinda Cooper	
<i>Der Familienkapitalismus und die Revolte der Kleinunternehmer</i>	145
Lukas Haffert	
<i>Staatsabbau als Erfolgsformel. Wahlsoziologische Erkundungen im Grenzgebiet zwischen FDP und AfD</i>	184
Anton Jäger	
<i>Trumpismus als vierte Spielart kapitalistischer Ausnahmeherrschaft? Eine kurze Ideengeschichte klassentheoretischer Erklärungen</i> .	223
Personenregister	
<i>Über die Beiträgerinnen und Beiträger</i>	267
<i>Über die Beiträgerinnen und Beiträger</i>	271

Einleitung: Der vergessene Quadrant

Die in diesem Band versammelten Essays sollen dazu beitragen, eine Schlagseite in der öffentlichen, aber auch in der wissenschaftlichen Diskussion über den Aufstieg des Rechtspopulismus¹ zu korrigieren. Die allermeisten Beiträge zu dieser Debatte, so die Ausgangsbeobachtung, stellen auf die politische »Nachfrageseite« ab: Warum wählen Menschen Politiker wie Donald Trump oder Parteien wie die AfD? Warum gibt es Nachfrage nach ihrem politischen Angebot? In den Sozialwissenschaften lassen sich dabei grob drei Erklärungsansätze unterscheiden: ein *politisch-ökonomischer*, wonach Wähler gegen die negativen Folgen der Globalisierung im Sinne einer Öffnung für Migration sowie Kapital- und Güterströme aufbegehren;² ein im engeren Sinne *politischer*, der die mangelnde Responsivität des politischen Systems für die Anliegen der unteren Einkommensklassen sowie den Umstand in den Vordergrund rückt, dass Verfassungen und die Regeln internationaler Organisationen demokratisch gewählten Parlamenten immer weniger Gestaltungsspielraum lassen;³ und drittens ein *kultureller*, laut dem der Aufstieg des Rechtspopulismus einen »Backlash« gegen Liberalisierungsprozesse darstellt.⁴

In den Medien und in der breiteren Öffentlichkeit übersetzt sich die grundsätzliche Logik dieser nachfrageorientierten Ansätze oft in das Narrativ einer Art Bürgerkrieg zwischen zwei Milieus: den »Woken«, also akademisch gebildeten urbanen Mittelschichten mit progressiven liberalen Werten, die in der englischsprachigen Welt auch als Angehörige der »professional-managerial class« (PMC) firmieren;⁵ und den »Verlierern« (der Globalisierung, der Liberalisierung), die gegen die moralische Arroganz der »Woken« revoltieren, wobei nicht immer ganz klar ist, welche Gruppen dieser Kategorie der »Verlierer« jeweils genau zugerechnet werden. Dies wiederum mag damit zu tun haben, dass unterschiedliche Sprachen hier unterschiedliche Wörter haben, die jeweils unterschiedliche Berufsgruppen bezeichneten (im Französischen etwa die »classes populaires«,⁶ im Englischen die »working class«, wobei beide Kategorien insofern breiter sind als das deutsche »Arbeiterklasse«, als sie auch kleine Bauern, Handwerker und Einzelhändler, also das klassische »Kleibürgertum«⁷ umfassen). Alternativpaare wären die »Kosmopoliten« und die »Kommunitaristen« sowie die »Anywheres« und die »Somewheres«.⁸

An dieser Stelle soll wohlgemerkt nicht behauptet werden, dass die sozialwissenschaftlichen Erklärungen, die auf die Nachfrageseite abstellen, falsch sind.⁹ Der vorliegende Band versucht lediglich einem Einwand Rechnung zu tragen, den die Politikwissenschaftler Herbert Kitschelt und Anthony McGann

bereits Mitte der 1990er Jahre angesichts einer ersten Welle rechtspopulistischer Erfolge formulierten:

Die soziologische Darstellung der rechtsautoritären Politik bleibt unvollständig, wenn nicht auch die Strategien politischer Unternehmer berücksichtigt werden, die sich ihnen bietende Gelegenheiten nutzen, um [...] neue rechtsautoritäre Parteien aufzubauen.¹⁰

Auch wenn Kitschelt und McGann den Begriff der »politischen Unternehmer« hier wohl nicht wörtlich, sondern im Sinne »findiger Figuren in der Politik« verwenden, liefert er doch ein zentrales Stichwort für die folgenden Beiträge. Während viele Wissenschaftlerinnen, Journalisten, Politikerinnen und Bürger nach Gemeinsamkeiten seitens der Wähler von Trump, Weidel, Le Pen & Co. suchen, liegt eine Gemeinsamkeit vieler rechtspopulistischer Politiker auf der Hand: Sehr oft handelte beziehungsweise handelt es sich schließlich auf der Angebotsseite – zumindest bei den Gründungsfiguren, aber auch noch bei einem Gros der heute bestimmenden Protagonisten – um Männer, die ihr eigenes (Familien-)Unternehmen geleitet haben, bevor sie den Sprung in die Politik wagten. Dies gilt etwa für Silvio Berlusconi und den Schweizer Christoph Blocher, für Donald Trump und den tschechischen Präsidenten Andrej Babiš sowie für Tino Chrupalla, der bis 2020 einen Malereibetrieb in seinem sächsischen Heimatort Gablenz führte.¹¹ Das gilt aber auch für viele Finanziers und mediale Verstärker der entspre-

chenden Politiker, Bewegungen und Initiativen, man denke etwa an die Brüder Charles und David Koch, den Franzosen Vincent Bolloré, den Hedgefonds-Manager Robert Mercer,¹² den verstorbenen »Mövenpick-Milliardär« August von Finck junior sowie den ebenfalls verstorbenen österreichischen Pistolenfabrikanten Gaston Glock,¹³ an Frank Gotthardt, Unternehmer und Finanzier des Onlinemediums Nius, an Rupert Murdoch sowie neuerdings Repräsentanten der Tech-Branche wie Marc Andreessen, Christian Angermayer, Elon Musk, Peter Thiel und den Argentinier Martín Varsavsky.

Vielen Deutungen des Rechtspopulismus liegt – ob bewusst oder unbewusst – ein Schema zugrunde, das der erwähnte aus Deutschland stammende, in den USA lehrende und 2025 mit dem Johan-Skytte-Preis ausgezeichnete Herbert Kitschelt ab den 1980er Jahren entwickelte. Kitschelt war der Ansicht, die Sortierung von links und rechts allein entlang ökonomischer Positionen reiche nicht länger aus. Wolle man Konflikte und Parteienlandschaften angemessen vermessen, müsse man eine zweite, politisch-kulturelle Dimension berücksichtigen.¹⁴ So gelangte Kitschelt zu einem Vierfelderschema mit den Achsen Ökonomie und Kultur/Politik und den Polen Kapitalismus vs. Sozialismus beziehungsweise progressiv vs. konservativ (Schaubild).

Der Rechtspopulismus beispielsweise sei, hört man sinngemäß häufig, eine Reaktion kulturell kon-

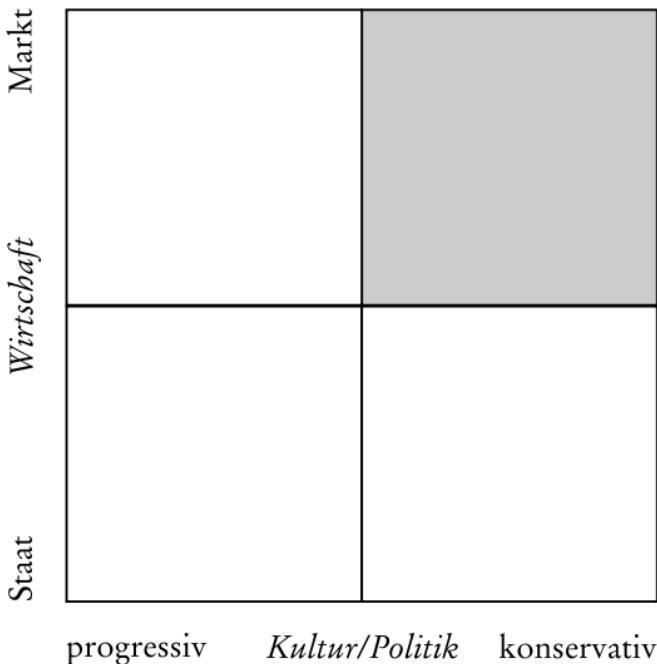


Schaubild: Zweidimensionales politisches Feld, angelehnt an Kitschelt/McGann, *The Radical Right in Western Europe*, a. a. O., S. 15. Der Redlichkeit halber sei darauf hingewiesen, dass bei Kitschelt/McGann die ökonomische Dimension die X-Achse bildet, so dass der hier interessierende Quadrant rechts unten wäre.

servativer und ökonomisch links eingestellter Menschen auf die von »progressiv-neoliberalen« Eliten (Nancy Fraser) vorangetriebene und von Liberalisierungsbemühungen in Sachen Geschlechtergerechtigkeit, Migration und Diversität begleitete Globalisierung.¹⁵ Die genannten politisierten Unternehmer wiederum wären in dem Quadranten rechts oben anzusiedeln, vertreten sie doch meist ökonomisch neoliberale bis libertäre Positionen und in der kultu-

rellen Dimension einen bisweilen fast schon reaktionären Konservatismus – sie wären demnach in einem anderthalbfachen Sinne »oben rechts«: an der Spitze der Einkommens- und insbesondere Vermögensverteilung und im Sinne des Mixes an politischen Positionen, den sie vertreten. In den USA gibt es dafür den Begriff einer »Paläo-Allianz« aus Paläo-Libertären und Paläo-Konservativen, für die Figuren stehen wie William F. Buckley, Ludwig von Mises, Wilhelm Röpke, Murray Rothbard oder Hans Hermann Hoppe.¹⁶ Ganz allgemein ließe sich an dieser Stelle spekulieren, dass die, um diesen im Folgenden wichtigen Begriff schon hier einzuführen, »Kapitalfraktion«¹⁷ der Eigentümerunternehmer dabei in der Politik gerne genauso ungehindert durchregieren würde wie in Firmen und Familien.

Interessanterweise hatten Kitschelt und McGann (Lukas Haffert wird in seinem Beitrag darauf zurückkommen) diese Mischung schon 1995 – und damit nur drei Jahre nach dem Erscheinen von Murray Rothbards einschlägigem Papier »Right-wing populism: A strategy for the paleo movement«¹⁸ – als politische »Erfolgsformel« identifiziert. Würden herkömmliche Mitte-links- und Mitte-rechts-Parteien immer weiter in die Mitte rücken, um dort die sogenannten Median-Wähler zu umwerben, tue sich rechts davon eine Gelegenheit für die Etablierung neuer rechter Parteien auf. Ob dies gelinge, hänge vom strategischen Geschick »politischer Unternehmer« ab: Nur wenn diese »ökonomische Bekenntnisse

zum freien Markt mit autoritären, ethnozentristischen, ja sogar rassistischen Botschaften« kombinierten, hätten sie die Chance, »ein breiteres Publikum« an sich zu binden:

Parteien, die nur auf rassistische oder autoritäre Positionen setzen und sich nicht zugleich zu freien Märkten bekennen, werden lediglich für über bescheidenen Wohlstand verfügende [*modest*] Segmente der Wählergruppen der manuellen Arbeiter [*blue-collar*], der kleinen Angestellten [*white-collar*] und insbesondere für jüngere Wähler attraktiv sein, die noch nicht in die Netzwerke der organisierten Arbeiterbewegung eingebunden sind [*who have not been encapsuled*]. Wenn sie jedoch Bekenntnisse zum freien Markt in ihr Programm aufnehmen, werden sie zudem für kleine Selbstständige wie Einzelhändler, die Inhaber landwirtschaftlicher Familienbetriebe und Handwerker attraktiv.¹⁹

Nachdem diese Mischung trotz einiger früher Erfolge zunächst nicht wirklich zündete, rückten einige der Parteien, die auf das vermeintliche Erfolgsrezept gesetzt hatten, ökonomisch etwas nach links (siehe dazu den Beitrag von Thomas Biebricher). Mittlerweile scheint diese Latenzphase aber vorbei, und die »winning formula« geht auf – die Frage wäre, inwiefern sich die Erfolgsbedingungen hier über die letzten drei Jahrzehnte verändert haben (siehe dazu den Beitrag von Melinda Cooper).

Der Blick auf die Eigentümerunternehmer als in diesem Kontext relevante Kapitalfraktion hilft möglicherweise auch, eine gewisse Perplexität aufzulösen, die einen als rund um die Jahrtausendwende mit linker Globalisierungskritik sozialisierte Person ab ca. 2010 erfassen konnte. Immerhin hätte man ja angenommen, dass *das »Kapital«* (zumindest in den nordwestlichen Metropolen) die internationale Öffnung der Märkte für Güter, Personen, Kapital und Dienstleistungen, die Beseitigung von Zöllen, nichttarifären Handelshemmnissen und Wechselkursrisiken enthusiastisch begrüßen würde. Doch dann legten einige Parteien (oder zumindest Flügel von Parteien), die man stabil im »Pro business«-Camp verortet hatte, plötzlich eine auffällige Risikobereitschaft an den Tag, wo es darum ging, die Vorteile der Marktintegration aufs Spiel zu setzen. Was waren schließlich, salopp gesprochen, ein paar Dutzend Milliarden Euro für die Rettung Griechenlands gegen den Zerfall des Binnenmarkts, das Scheitern des Euro und weitere Turbulenzen an den Finanzmärkten? Wieso gingen in Deutschland die FDP und Teile der Union gegen die Eurorettung auf die Barrikaden? Warum gründeten liberale Ökonomieprofessoren deshalb die Alternative für Deutschland? Und warum kämpften die traditionell unternehmerfreundlichen Tories für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU, wo doch der einflussreiche Unternehmerverband Confederation of British Industry (CBI) für einen Verbleib warb?²⁰

An dieser Stelle erweist sich das Konzept der Kapitalfraktionen als nützlich. Frederic Heine und Thomas Sablowski veröffentlichten 2013 eine Studie zu den Positionen deutscher Unternehmerverbände zur Eurorettungspolitik.²¹ Dabei gingen sie unter anderem von der Annahme aus, angesichts der »imperiale[n] Rolle des deutschen Kapitals und der deutschen Regierung in Europa« müsse die »deutsche Politik Verantwortung für die Reproduktion des Kapitalismus in ganz Europa« übernehmen.²² In ihrer Auswertung kamen sie zu dem Schluss, »die meisten Verbände« (darunter der Bundesverband Deutscher Industrie und die Bundesvereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände) seien »durchgehend für eine Beibehaltung des Währungsraums in seiner derzeitigen Form inklusive Griechenland« gewesen und hätten »unter dem Druck der Krisendynamik Notfallkreditprogramme für einzelne Länder sowie die Einführung [...] europäischer Mechanismen für Hilfskredite akzeptiert«. Die Familienunternehmer hingegen hätten sich als einziger Verband »grundsätzlich gegen die ›Rettungspolitik‹« gestellt und »früh und dauerhaft einen Ausschluss Griechenlands aus der Währungsunion« gefordert.²³

Auf eine ähnliche Konstellation stoßen die französischen Soziolog:innen Marlène Benquet und Théo Bourgeron in ihrem Buch *Alt-Finance* über die Hintergründe des Brexit. Zu Beginn zitieren sie darin einen *Financial Times*-Kolumnisten, der retrospektiv schrieb, »der Brexit wäre nicht passiert, wenn die

City [of London] das Sagen gehabt hätte«.²⁴ Sie erklären das Ergebnis des Referendums als Folge »einer ökonomischen Auseinandersetzung [economic opposition] zwischen zwei Fraktionen der britischen Finanzsektors«, die sich zu einem »institutionellen und politischen Konflikt« ausgeweitet habe. Durchgesetzt hätten sich dabei ebenfalls in London angesiedelte, aber »diskretere« Akteure, die Benquet und Bourgeron in Anlehnung an den Begriff »alt-right« als »alt-finance« bezeichnen.²⁵

Zuletzt wurde die Vermutung, die große Rechtsdrift könnte auch mit einem Konflikt zwischen unterschiedlichen Kapitalfraktionen zu tun haben, in Deutschland im Herbst 2015 anschaulich bestätigt, als der Lobbyverband Die Familienunternehmer ankündigte, die »Brandmauer« zwischen dem konservativen und dem rechten Lager nicht länger zu beachten und in Zukunft auch AfD-Politiker zu seinen Veranstaltungen einzuladen zu wollen (die Ankündigung wurde nach Protesten und Austritten einiger Mitglieder des Verbandes anschließend wieder kassiert²⁶). In einem gut informierten Hintergrundartikel hieß es dazu, Teile der Wirtschaft betrachteten die AfD als eine Art »Ersatz-FDP«, und die Scheidelinie verlaufe oft zwischen mittelständischen Familienunternehmen auf der einen und »Dax-Konzernen und internationalen Unternehmen« auf der anderen Seite. Ob bei Letzteren prinzipielle oder taktische Erwägungen den Ausschlag geben, lässt der Text offen: »Anders als bei Familien-

unternehmern, die sich mitunter gerne präsentierte und öffentlich wahrnehmbare politische Meinungen leisten – man denke an Wolfgang Grupp, Reinhold Würth oder Christian Miele –, sei die »politische Positionierung von Konzernen professionalisiert und strategisch geleitet«.²⁷

Anschließend an diese Überlegungen greifen die folgenden Beiträge testweise zu einem anderen Ansatz als der (auch von den Rechtspopulisten selbst gepflegten) Erzählung vom großen Konflikt zwischen den »hypermoralischen« urbanen Milieus und den »Globalisierungs-« oder »Liberalisierungsverlierern« und interpretieren den Aufstieg des Rechtspopulismus nicht in erster Linie als Reaktion seitens der populären Klassen, sondern als Projekt einer Fraktion der – almodisch gesprochen – herrschenden Klassen. Den Auftakt bildet eine Reportage von Tobias Moorstedt, der in eine südwestdeutsche Region gereist ist, in der sich ein möglicher Zusammenhang zwischen dem Rechtsruck und den Interessen von Familienunternehmern wie unter Laborbedingungen studieren lassen sollte: Der Bundestagswahlkreis Schwäbisch Hall – Hohenlohe weist einerseits eine sehr hohe Dichte an »Hidden Champions« (also mittelständischen Unternehmen, die in ihrer Nische oft weltweit Marktführer sind) auf; andererseits gelten die dortigen Exponenten der CDU als besonders wirtschaftsnah und konservativ. Gleichzeitig kommt die AfD im Nordosten Baden-Württembergs auf für

westdeutsche Verhältnisse sehr hohe Ergebnisse: Bei der Bundestagswahl 2025 entfielen 25,1 Prozent der Zweitstimmen auf die Partei (zum Vergleich: Kaiserslautern 25,9 Prozent, Gelsenkirchen 24,7 Prozent, Hof 24,3; bundesweit 20,8²⁸).

Moira Weigel tritt dann noch einmal einen Schritt zurück und rekonstruiert, wie die Deutung des Rechtspopulismus als eine Art klasseninterner Bürgerkrieg zwischen der »woken« PMC und den »ärmeren Wählern« (Richard Rorty) seit 2016 hegemonial wurde. Sie konzentriert sich dabei insbesondere auf den angelsächsischen Raum, wobei davon auszugehen ist, dass die entsprechenden Debatten im Zuge eines Kulturtransfers auch auf andere Regionen ausstrahlen. Wie sehr diese Lesart auch in Europa und in den deutschsprachigen Ländern verfängt, zeigt ein Blick auf die Flut entsprechender Bücher und Meinungsartikel.²⁹

Danach wenden sich Thomas Biebricher und Melinda Cooper der politischen Angebotsseite zu, und zwar in drei nationalen Kontexten: Biebricher rekapituliert die Genealogie des parteiformigen »libertären Patrimonialismus« anhand der poujadistischen Bewegung sowie dem Front National in Frankreich und der Lega Nord sowie Silvio Berlusconis Forza Italia in Italien. Er schließt mit Ausführungen zu den Vereinigten Staaten, denen dann in Coopers Beitrag das Hauptaugenmerk gilt. Cooper analysiert den Trumpismus unter anderem als Resultat einer jahrzehntelangen Kampagne von (Familien-)Unter-

nehmern, die seit den 2010ern Jahren zunehmend Unterstützung seitens bestimmter Hedgefonds-Manager und Tech-Unternehmer gefunden haben. Dabei kommt sie auch auf Thinktanks und Lobbygruppen zu sprechen, die über das von dem britischen Legebatterie-Pionier Antony Fisher gegründete Atlas-Netzwerk Verbindungen etwa in die deutsche Unternehmerwelt haben.³⁰ Komplementär dazu nimmt Lukas Haffert die Nachfrageseite in den Blick. Der Politikwissenschaftler nutzt das von Daniel Oesch entwickelte Klassenschema für den Arbeitsmarkt, um ein präziseres Bild vom Wahlverhalten großer, mittlerer und kleiner Unternehmer zu erhalten. Er stößt auf eine Wählerschaft, die zunehmend zwischen Union, FPD und AfD hin- und hergerissen ist.

Der Band endet mit einem Essay, in dem Anton Jäger zunächst die Gemeinsamkeiten zweier exemplarischer marxistischer Theorien autoritärer »kapitalistischer Ausnahmestaaten« herausarbeitet, nämlich der Ansätze von Karl Marx und dem griechischen Rechts- und Politikwissenschaftler Nicos Poulantzas. Darauf aufbauend skizziert er eine politisch-ökonomische Deutung des Rechtspopulismus in seinen diversen nationalen Reinkarnationen. Inwiefern diese Theorie ausschließlich oder vor allem auf frühindustrialisierte Staaten anwendbar ist, deren Gesellschaften und Ökonomien sich in den letzten achtzig Jahren unter kapitalistischen Bedingungen entwickelt haben, wäre eine von vielen möglichen Anschlussfragen für weitere Forschung.